

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Annemarie Renger MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, zur Wahl des Bundespräsidenten: Richard von Weizsäcker ist ein Politiker des Ausgleichs.

Seite 1

Günther Jansen MdB, Landesvorsitzender der SPD Schleswig-Holstein, beschreibt und bewertet einen Dialog mit einer SED-Delegation: Beziehungen mit Leben erfüllen.

Seite 4

Dokumentation

Grüßwort der SPD an die Jüdische Gemeinde in Athen: "Alles tun, daß die Schrecken der Vergangenheit gebannt bleiben."

Seite 7

39. Jahrgang / 84

2. Mai 1984

Vor der Wahl des Bundespräsidenten

Richard von Weizsäcker sucht die Kooperation, nicht die Konfrontation

Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Am 23. Mai wird die Bundesversammlung in Bonn offiziell den neuen Bundespräsidenten wählen. Nachdem die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP als Kandidaten für das Amt als Bundespräsident Richard von Weizsäcker vorgeschlagen haben, und die SPD nicht nur keinen Gegenkandidaten aufgestellt hat, sondern ebenfalls die Wahl Richard von Weizäckers befürwortet, läßt sich unschwer das Ergebnis der Wahl voraussehen. Richard von Weizsäcker wird demnach an dem Tag, an dem sich das Inkrafttreten des Grundgesetzes zum 35. Mai jährt, zum sechsten Präsidenten der Republik gewählt werden.

Richard von Weizsäcker kam 1969 in den Bundestag, dem er bis zum 15. Juni 1981 angehörte. Die erste Funktion, die ihm gleich nach seinem Eintritt in das Parlament übertragen wurde, war die eines Obmanns der CDU/CSU für die Berlin- und Deutschlandpolitik. Von 1973 bis 1979 war er stellvertretender Vorsitzender seiner Fraktion. Am 21. Juni 1979 wurde er zum Vizepräsidenten des Bundestages gewählt. Er behielt dieses Amt bis zu seiner Wahl zum Landesvorsitzenden der Berliner CDU 1981. Als er 1969 ein Bundestagsmandat erhielt, war er längst kein Unbekannter mehr. Er war Präsident des Evangelischen Kirchentages und hatte als Mitglied und stellvertretender Vorsitzender der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD an Denkschriften und Stellungnahmen mitgewirkt, deren Ziel es war, neue Möglichkeiten zur Sicherung des Friedens zu erkunden und auf eine Politik der Versöhnung auch mit unseren östlichen Nachbarn zu dringen. Zu diesen Denkanstößen zählen die viel diskutierte Ostdenkschrift der EKD von 1965 und die Denkschrift über die Friedensaufgaben der Deutschen von 1969.

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Veranstaltungsort:
An der alten Ratskammer
Breslauer Platz



Richard von Weizsäcker, der seit 1966 dem CDU-Bundesvorstand angehörte, hat sich schon in dieser kirchlichen Arbeit durch seine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Vertretern anderer politischer Parteien den Ruf eines offenen, fairen, die Gemeinsamkeit in Grundfragen suchenden Politikers erworben. Er selbst hat die Denkschrift über die Friedensaufgaben der Deutschen, die aus der Zusammenarbeit evangelischer Christen in beiden Teilen Deutschlands hervorging, als einen "erstaunlichen Vorgang" bezeichnet.

In einem 1968 unter der Überschrift "Dialog als politische Methode" veröffentlichten Aufsatz stellt Weizsäcker die Frage, ob in der Politik nur das Streitgespräch, das den eigenen Standpunkt verteidigen und den Gegner aus dem Sattel heben soll, oder auch das Prinzip des Dialogs, in dem sich die Teilnehmer als Partner eines Gesprächs verstehen, das ihnen dazu verhelfen soll, über bisher vertretene Positionen hinauszukommen, einen Platz habe. Seine Antwort lautet: "Die Glaubwürdigkeit und Stabilität einer Demokratie hängt daran, ob in ihr der öffentliche Dialog über das Gemeinwohl stattfindet oder nicht. Es muß in der Demokratie auch immer einzelne oder Gruppen geben, die für einen solchen Dialog offen sind und von allen unmittelbaren Interessen abzusehen vermögen."

Diese Auffassung hat er damit begründet, daß wir in einer Phase der Geschichte lebten, deren Gefahren für die Menschheit die Gefahren jeder früheren Epoche weit übertreffen würden. Den politischen Führungen würde sich "in ständig wachsendem Maße die Frage nach dem Überleben" stellen. Die "Folgen der Waffensysteme im modernen Krieg" und die "Folgen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung" würden in Zukunft unsere ganze Aufmerksamkeit erfordern. "Technik und Wissenschaft setzen der Politik in zunehmendem Maße Bedingungen des Handelns": Ohne Dialog und Kooperation über Länder- und Parteigrenzen hinweg seien diese Probleme nicht mehr zu bewältigen.

Mir scheinen diese hier geäußerten Gedanken sehr aufschlußreich für seine politische Grundeinstellung zu sein, mit der er seine parlamentarische Arbeit aufnahm. Sie hat zweifellos auch seine Beiträge an den parlamentarischen Debatten um die "neue Ostpolitik" bestimmt, die zum Abschluß der Verträge von Moskau und Warschau, des Grundlagenvertrages mit der DDR und des Viermächte-Abkommens über Berlin und schließlich zur Aufnahme der beiden Staaten in die UNO geführt hat.

Weizsäcker hat auf die Haltung seiner Fraktion einen unübersehbaren Einfluß ausgeübt. Er hat als deutschlandpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Opposition die Ostpolitik der Regierung zwar kritisiert, dabei aber doch einen Konsens zwischen Regierung und Opposition in den Grundfragen herzustellen gesucht. Davon zeugen seine Debattenbeiträge im parlamentarischen Ringen um die Ratifizierung der Ostverträge 1972.

Es ließ aufhorchen, als er in der Debatte über die Lage der Nation am 24. Februar 1972 scheinbar beiläufig von unserer gemeinsamen Sorge sprach, "wie wir denn fertig werden sollen mit einem Auseinanderfallen von hohen Ansprüchen in der Deutschlandpolitik und dem Mangel an sichtbarem Fortschritt". Er gab dabei der Sorge Ausdruck, "mit der Deutschlandpolitik in einen luftleeren Raum zu geraten". Er sprach sich dafür aus, daß man in der Verfolgung des gemeinsamen Zieles einer Aussöhnung mit unseren ehemaligen Kriegsgegnern im Osten nach einem vernünftigen politischen Ausgleich suchen müsse. Es gelte, Kompromisse zu finden und "im Einklang mit der Entwicklung der Welt und mit der Bereitschaft zu einer Politik der Bewegung und nicht der politischen Schützengräben" zu handeln.



Er sprach zur Regierungsseite gewandt, aber zweifellos auch an die Adresse vieler aus den eigenen Reihen, von der Notwendigkeit einer breiten Unterstützung für die Aussöhnung mit Polen, die er als ein Gebot der Vernunft und ein sowohl moralisch als auch politisch zu begründendes Ziel ansah: "Denn wäre es wahr, daß der Wille zur Aussöhnung und die Sehnsucht nach einem sicheren Frieden nur mit der knappsten Mehrheit hier im Hause erkämpft werden könnte, dann wäre ja eine Aussöhnung ebenso wenig möglich wie ein gesicherter deutscher Beitrag zur Normalisierung über die Blockgrenzen hinweg."

Schließlich veröffentlichte er kurz vor dem Abschluß der Ratifizierungsdebatte einen Aufsatz der gewiß nicht ohne Einfluß auf den Entscheidungsprozeß innerhalb seiner Fraktion gewesen ist. Darin heißt es: "Die innere Polarisierung schwächt langfristig unfehlbar beide, Regierung und Opposition, wer es auch jeweils sei, entweder in der Aufrichtigkeit oder im Realismus in ihren Positionen. Nur zusammen läßt sich nüchtern prüfen und ausprobieren, ob es denn wahr ist, daß wir die Teilung für die Menschen wirklich dadurch erträglicher machen können, daß wir sie hinnehmen." Und zur Frage der Aussöhnung mit Polen heißt es darin: "Nicht eine moralische Pflicht, deutsches Gebiet förmlich abzutreten - so eine Ethik gibt es nicht -, aber der Wille zur Aussöhnung der Menschen und der beiden Völker, die politische Bemühung um Normalisierung der Beziehungen und vor allem auch nüchterne Einsicht in unsere künftigen Möglichkeiten und Interessen gebieten es auch uns, die Lage Polens, wie sie ist, hinzunehmen. Dies sollten wir unmißverständlich klarstellen, was uns auch sonst im Bonner Parlament trennen mag." Die unter der Wirkung dieser Überlegungen dann zustande gekommene gemeinsame Entschließung des Bundestages über die Grundlagen und Ziele der Außen- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland eröffnete den Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion einen Weg, trotz ihrer Bedenken die Verträge passieren zu lassen und dadurch großen außenpolitischen Schaden zu verhindern.

So wie in diesen Debatten war das ganze parlamentarische Wirken Richard von Weizsäcker's davon bestimmt, nicht als wichtigstes das Streitgespräch, sondern den Dialog, nicht die Konfrontation, sondern die Kooperation, nicht das Trennende, sondern das Verbindende zu suchen. Dies gilt auch für die gemeinsame Zeit im Präsidium des Deutschen Bundestages. Es war eine Zeit der guten, offenen, verständnis- und vertrauensvollen Zusammenarbeit.

Es bleibt zu hoffen, daß diese Zielvorstellungen auch das künftige politische Wirken Richard von Weizsäcker's im höchsten Amt, das unser Gemeinwesen zu vergeben hat, zum Tragen kommen. Gerade in einer Zeit nicht unerheblicher parteipolitischer Konfrontation bedarf es eines Bundespräsidenten, der im Interesse von uns allen den demokratischen Grundkonsens immer wieder betont. (-/2.5.1984/ks/rs)

+ + +



Den Begriff der Sicherheitspartnerschaft mit Leben erfüllen

Zum Dialog der SPD-Schleswig-Holstein mit einer Delegation der SED

Von Günther Jansen MdB

Landesvorsitzender der SPD Schleswig-Holstein

Auf Anregung und Einladung des SPD-Landesvorstandes Schleswig-Holstein nahm vom 26. bis 28. April 1984 aus der DDR eine offizielle SED-Delegation an einer friedenspolitischen Tagung der SPD in Malente teil. Die Vertreter der SED kamen aus den drei Nordbezirken Neubrandenburg, Rostock und Schwerin. Zwei Gäste vertraten wissenschaftliche Institutionen.

Dieses Treffen stellte einen bisher einmaligen Vorgang dar, da es bis dato noch keine offiziellen Zusammenkünfte dieser Art von Parteidelegationen der SPD und der SED gegeben hat. Beide Delegationen machten damit - mit Wissen ihrer jeweiligen höchsten Parteiführungen - den Versuch, den Begriff der Sicherheitspartnerschaft durch einen Dialog zwischen Parteien aus unterschiedlichen Gesellschaftssystemen mit Leben zu erfüllen.

Unbeschränkte Offenheit in gemeinsamen und kontroversen Fragen prägte die Gespräche. Beide Seiten brachten dabei zum Ausdruck, daß über bestehende Meinungsverschiedenheiten hinweg es möglich sein müßte, einen Dialog zu führen mit dem Ziel, die Rüstungsspirale zu durchbrechen. Im Mittelpunkt sollte dabei das Prinzip der gleichen Sicherheit und der Sicherheitspartnerschaft unter Beachtung der beiderseitigen Sicherheitsinteressen stehen.

Beide Delegationen stimmten überein, daß in Anbetracht der krisenhaften internationalen Entwicklung und der von Problemen belasteten Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR die zwei deutschen Staaten nicht nur über Geld und Handel miteinander reden sollten. Sie müßten auch im Rahmen ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Sicherheit in Mitteleuropa und das Leben der Menschen in ihren Ländern für eine Abrüstung in den Paktsystemen aktiv sein.

Mit diesen Gesprächen, die trotz aller ideologischer Unterschiede in einer sehr guten Atmosphäre stattfanden, setzte der Schleswig-Holsteinische Landesverband der SPD seine Tradition zur politischen Risikobereitschaft beim Suchen neuer Wege in der Ostpolitik fort.

Von seiten der SPD wurde in den Gesprächen die Auffassung vertreten, USA und UdSSR spielten in der Welt neben ihrer Führungsfunktion in den Paktsystemen eine eigenständige Rolle in Form einer harten Konkurrenz um die Erringung der Weltmacht-Position Nummer 1. Aus diesem Rollenverständnis heraus entstünden Gefahren, die aufgrund nicht vorhersehbarer Konflikte Europa unmittelbar einbeziehen könnten. Dies bedeute, vor allem auch im Hinblick auf die atomare Bewaffnung, eine große Bedrohung.

Die SED-Delegation interpretierte diese Frage dahingehend, daß sie die friedenssichernde Rolle der Sowjetunion als einzige Motivation ihres Handelns hervorhob. Dies gelte auch dort, wo sie Länder und Organisationen gegen kapitalistische Machtinteressen, vor allem die der USA, unterstütze.



Die SPD betonte, die Unabhängigkeit aller Staaten von den Großmächten müsse gewährleistet sein; dies gelte für Afghanistan ebenso wie für Nicaragua oder Grenada. Es müsse erwartet werden, daß beide Großmächte unabhängig voneinander die Bereitschaft zur Vertrauensbildung zwischen Ost und West durch einseitige Abrüstungsschritte demonstrierten.

Übereinstimmung herrschte in der Forderung nach sofortigem Stopp der Stationierung der Mittelstreckenraketen in Europa. Beide Seiten müßten - auch als Voraussetzung für die Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen - nach einem Stopp mit dem Abbau der seit November 1983 aufgestellten Mittelstreckenraketen beginnen. Das gleiche gelte für die neuen Nachrüstungen im Kurzstreckenraketenbereich auf sowjetischer Seite. Die SED-Teilnehmer wiesen ausdrücklich darauf hin, daß die Sowjetunion zu solch einem Verfahren bereit ist. Außerdem sei die Sowjetunion wie vor der Unterbrechung der Genfer Verhandlungen bereit, ihr Mittelstreckenpotential an SS 20-Raketen auf die Größenordnung französischer und englischer Raketenpotentiale einseitig zu reduzieren, wenn die USA auf eine Aufstellung von Pershing II in der Bundesrepublik und Cruise Missiles in Westeuropa verzichteten.

Bei der konventionellen Abrüstung, die in den MBFR-Verhandlungen in Wien zur Debatte steht, gab es Übereinstimmung in dem Punkt, daß die Diskussion über die Daten und die mangelnde Bereitschaft, von dieser Diskussion wegzukommen, bisher ein Ergebnis verhindert haben. Die Gesprächsteilnehmer befürworteten den Vorschlag, die Verhandlungspartner sollten von den vereinbarten Obergrenzen der Kampfverbände - 900.000 Mann - ausgehen und auf diese so schnell wie möglich reduzieren, um dann weitere Schritte einschließlich der Verringerung konventioneller Waffensysteme zu vereinbaren.

Zur Konferenz für vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa, die in Stockholm stattfindet, stimmten die Delegationen überein, daß sie nicht den gleichen Verlauf wie die Wiener MBFR-Verhandlungen nehmen dürfe. Daher sollten nach vertrauensbildenden Maßnahmen in der ersten Runde in einem zweiten Verhandlungsschritt konkrete Teilabkommen über Verzicht auf Ersteininsatz und Gewaltverzichtsabkommen begonnen werden.

Bei den chemischen Waffen war die Beurteilung so, daß es in diesem Jahr wahrscheinlich nicht zu einem weltweiten generellen Verbot der Produktion, Lagerung und des Einsatzes chemischer Kampfstoffe kommen wird, wohl auch nicht im nächsten Jahr. Daher sollte man ähnlich wie bei den Atomwaffen aus europäischem Eigeninteresse auf regionale Vereinbarungen drängen und zu einer chemiewaffenfreien Zone kommen.

In der Weltraumrüstung waren sich die Gesprächspartner einig, daß sie erst gar nicht begonnen werden dürfe. Der Weltraum dürfe, was den militärischen Bereich angehe, nur für Überwachungen im Rahmen von Abrüstungsabkommen benutzt werden. Die SPD-Vertreter verdeutlichten, ihre Partei werde alles daran setzen, um den USA den Wahnsinn einer Weltraumrüstung klar zu machen. Beide Seiten sprachen sich für ein völkerrechtlich verbindliches globales Abkommen aus, durch das die Ausdehnung der Rüstung in den Weltraum verhindert wird.

Die Gesprächspartner stimmten überein in dem Urteil, daß in einem militärischen Konflikt die beiden deutschen Staaten - auch konventionell - zum Schlachtfeld werden. Daher müsse in einem ersten Schritt die atomare Bedrohung abgebaut werden. Beide Seiten sahen in der Realisierung des Palme-Vorschlages einer 150 kilometer breiten atomwaffenfreien Zone beiderseits der europäischen Nahtlinie zwischen Warschauer Vertrag und NATO einen Lö-



sungsansatz. Ihm müßten dann weitere Schritte folgen bis hin zur Verbannung atomarer Gefechtsfeld- und anderer Atomwaffen aus den Staaten, die nicht über sie verfügen. Die Vertreter der SED bekräftigten die offizielle DDR-Regierungserklärung, das gesamte Staatsgebiet der DDR für eine solche Politik zur Verfügung zu stellen.

Bewertung und Ausblick

Beide Seiten bewerteten das Zustandekommen des Treffens als nützlich und den Verlauf der Gespräche als fruchtbar. Ergebnisse, Atmosphäre und Perspektiven seien bedeutend positiver, als von der jeweiligen Seite im Vorfeld des Treffens erwartet. Man war sich einig, daß in Malente ein wichtiger Anfang gemacht wurde. Der Fortgang müsse sorgsam bedacht werden. Es wurde die Hoffnung geäußert, daß dieses Zusammentreffen von Bezirksorganisationen ein Beispiel sein könne, um auf höchster Ebene von SPD und SED Gespräche dieser Art in Gang zu bringen.

Die SPD-Seite äußerte den Wunsch, auch zu anderen Bereichen und Sachfragen und im Rahmen anderer Gremien solche Gespräche stattfinden zu lassen. Ihrer Meinung nach wäre es vorstellbar, daß zum Beispiel schleswig-holsteinische Jungsozialisten und FDJ-Vertreter, Kreisverbände oder Repräsentanten von Frauenorganisationen miteinander Kontakt aufnehmen. Die SED-Vertreter sagten zu, diese Wünsche ihren übergeordneten Parteigremien vorzutragen. Beide Seiten stimmten überein, daß all diese Schritte mit sehr viel Fingerspitzengefühl gehandhabt werden müßten und erst nur allmählich in die parteipolitische Arbeit der Organisationen hineinwachsen könnten. Schließlich ist es für beide ein neuer Weg, und es bleibt zu hoffen, daß die alten Schablonen "Sozialdemokraten reden mit Kommunisten" bei der Einschätzung solcher Gespräche keine Rolle spielen. Sicherheitspartnerschaft ist wichtiger als ideologische Grabenkämpfe.

Die SPD Schleswig-Holstein sieht in solchen Gesprächen große Chancen. Ohne das Gewicht der beiden Staaten und der beiden Parteien in den jeweiligen Paktsystemen zu überschätzen, hofft sie, daß die beiden deutschen Staaten in Europa stark genug sind, um ihre eigenen Interessen in den jeweiligen Militärblöcken zur Geltung zu bringen.

Gemeinsames Anliegen muß sein, alles zu tun, damit von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht und Europa nicht in Schutt und Asche versinkt.

(-/2.5.1984/ks/rs)

+ + +



DOKUMENTATION

Aus Anlaß des 40. Jahrestages der Vernichtung der jüdischen Gemeinden in Griechenland überbrachte der SPD-Politiker Gerhard Jahn am 29. April in Athen die folgende Grußbotschaft:

"Alles tun, daß die Schrecken der Vergangenheit gebannt bleiben"

Wie in einem Brennglas spiegelt das Schicksal der griechischen Juden das ihrer Brüder und Schwestern in ganz Europa wider. In Saloniki, der "Mutter des sephardischen Judentums", begann es vor mehr als 40 Jahren mit dem Raub und der Zerstörung der Zeugnisse jüdischen Glaubens, der Kultur und Tradition. Und es endete mit der Vernichtung der jüdischen Gemeinden Griechenlands.

"Der Tod ist ein Meister aus Deutschland, sein Auge ist blau, er trifft dich mit bleierner Kugel, er trifft dich genau."

Mit diesen bewegenden Worten hat der deutsche Dichter Paul Celan das Unfaßbare für immer eingepreßt. Am Ende des Krieges hatten sechs von sieben griechischen Juden in Auschwitz den Tod gefunden. Das schreckliche Geschehen und das Leid der Menschen müssen wir aber auch im Herzen bewahren. Nicht um den Schmerz, sondern um die Erinnerung wach zu halten.

In den vergangenen 40 Jahren ist noch wenig Fortschritt erreicht worden, die Menschenrechte zu verwirklichen. Unendliches Unrecht wird bis heute an Millionen Menschen in allen Teilen der Welt begangen. Doch darf uns das nicht müde werden lassen. Die tiefe Erschütterung, die von der unerhörten Vernichtung der Juden in Europa ausging, muß nicht nur als Gedenken bleiben. Sie muß der Besinnung auf unser tägliches Handeln helfen. Im Willen, der Würde der Menschen in der Welt Geltung zu verschaffen, dürfen und wollen wir nicht nachlassen. Nur dann dürfen wir hoffen, glaubhaft zu sein, wenn wir uns vor den Toten neigen.

In diesem Sinne überbringe ich Ihnen auch die Grüße und die Anteilnahme meines Freundes Willy Brandt, der Ihnen sagen läßt:

"Sehr geehrter Herr Lovinger, in der Stunde, in der Sie Ihrer Schwestern und Brüder gedenken, die vor vierzig Jahren den demütigenden Weg in nazistische Vernichtungslager antraten, aus denen es nur für wenige eine Rückkehr gab, gilt Ihnen mein teilnehmender Gruß und der meiner deutschen politischen Freunde. Ich sage diesen Gruß im Namen derer, die selbst verfolgt wurden und der vielen, die alles tun wollen, daß die Schrecken der Vergangenheit gebannt bleiben. Daß Sie einem Deutschen in dieser Feierstunde das Wort geben, werde ich dankbar als Bereitschaft, gemeinsam mit uns die Last der Vergangenheit zu überwinden. Nachdem die Fesseln der Diktaturen gebrochen sind, haben wir uns gemeinsam auf den Weg zu einem demokratischen Europa gemacht. Möchten wir dieses Ziel erreichen! Den jüdischen Gemeinden Griechenlands wünsche ich eine friedvolle Zukunft!

Willy Brandt."

(-/2.5.1984/rs/vo-he)

+

+

+

